

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 44 – 46 (S. 173): Kinderstadtkirche e. V. (SPD, Die Linke, GfK)

Wir sind jetzt im **Teilhaushalt 4000**.

Stadträtin Moser (SPD): Die Kinderstadtkirche bietet seit 15 Jahren eine flexible Nachmittagsbetreuung an verschiedenen Orten im Stadtgebiet an. In diesem Angebot ist das Mittagessen, die Hausaufgabenbetreuung und die Betreuung der Kinder enthalten. Die Finanzierung gestaltet sich über Elternbeiträge, das macht 184 Euro im Monat aus, und durch Zuschüsse durch das Land Baden-Württemberg. Dieser Zuschuss wurde jetzt gestrichen, und der Kinderstadtkirche entsteht eine Finanzierungslücke.

Ich möchte kurz ausführen, was die Kinderstadtkirche z. B. an der Waldschule in Neureut anbietet. Die Waldschule ist keine Ganztagsgrundschule, sondern hat einen Schülerhort, der an seine Kapazitätsgrenzen aufgrund des starken Zuzugs auch junger Familien gestoßen ist. Nach viel Elternprotest wurde eine Lösung mit Bürgermeister Lenz gefunden und alle sind zufrieden. Die Kinderstadtkirche bietet zum Schülerhort eine Betreuung an. An der Pestalozzischule wird Kindern, denen kein anderes Ganztagsangebot zur Verfügung steht, gezielt Sprach- und Lernförderung geboten. Im Hans-Löw-Haus werden Kinder mit Lese- und Rechtschreibschwäche gefördert. Für die entgangenen Zuschüsse durch das Land bittet die Kinderstadtkirche um Unterstützung, damit die sinnvollen und effektiven Betreuungen weitergeführt werden können. Der Fortbestand der Betreuungen muss weiterhin ermöglicht werden. Wir bitten um Einstellung im Doppelhaushalt um jeweils 46.500 Euro mit Sperrvermerk und appellieren an alle anderen Fraktionen, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich spreche hier auch für die FDP mit. Unser Antrag hat inhaltlich die gleiche Ausrichtung, nur dass wir 9 % gekürzt haben, weil wir gesagt haben, viele andere Einrichtungen sind auch um 9 % gekürzt worden. So haben wir es an dieser Stelle auch getan. Das fanden wir fair und angemessen. So ist unser Antrag ein bisschen geringer ausgefallen, aber wir bitten leidenschaftlich um dieses Anliegen.

Noch eine Frage, was uns nicht deutlich geworden ist, ob man das Land nicht wieder an Bord kriegen kann. Gibt es da keine Möglichkeiten das Land zu bitten, diesen Betrag doch wieder zu übernehmen oder ist es gegeben.

Der Vorsitzende: Ich höre, es ist rum. Wenn wir eine Möglichkeit finden, werden wir sie nutzen. Sie jetzt aber hier aus dem Bauch heraus in Aussicht zu stellen, ist ziemlich aussichtslos. Insofern gehen Sie mal davon aus, dass es keine gibt.

Stadträtin Köpfler (CDU): Für uns als CDU ist die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung unter Berücksichtigung des Elternwillens und insbesondere bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung eine Überzeugungsaufgabe, der wir uns auch stellen. Deswegen ist es für uns an dieser Stelle auch wichtig, den Antrag von der SPD entsprechend mitzugehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unabdingbar. Wenn wir jetzt hier nicht tätig werden würden, dann wäre das ein Versäumnis, das wir nicht rechtfertigen könnten. Deshalb stehen wir hier auch zur Kinderstadtkirche und tragen den Antrag mit, bitten aber auch an der Stelle die Verwaltung noch einmal zu schauen, doch noch mit Umschichtung, aber auch beim Land nachhaken, was wir da letztendlich noch erreichen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Natürlich wäre es schön, wenn wir jetzt diese Mittel umschichten könnten und auch wunderbar, wenn das Land hier wieder die Finanzierung aufnehmen würde, aber es ist im Augenblick eben so, dass ein Wechsel auch stattfindet. Das Land hat sich mit der Ganztagschule verpflichtet, hier die Ganztagschulen mit einer ganz guten Fülle von Lehrerstunden auszugestalten und ist damit jetzt in Vorleistung gegangen. Die Kommunen können dieses Angebot nutzen, was wir als Stadt Karlsruhe bisher gemacht haben, indem wir jetzt schon 19 Ganztagsgrundschulen eingerichtet haben. Insofern kann man realistischerweise nicht erwarten, dass das Land auch Betreuungsangebote finanziert. Betreuungsangebote sind keine Bildungsangebote und das Land ist primär im Ganztags für die Bildungsangebote zuständig.

Die Kommunen und die Stadt Karlsruhe sind natürlich aus Mangel, dass viele Jahre hinweg das Land keine Ganztagschulen eingerichtet bzw. finanziert hat, in die Bresche gesprungen und haben diese Betreuungsangebote bislang finanziert. Natürlich muss man auch dankbar sein der Kinderstadtkirche und anderen Trägern, Clever z. B., die solche Angebote, die sehr beliebt waren und sind, eingerichtet hat. Wir können jetzt aber natürlich nicht einfach komplett hier den Ausfall der Landesmittel übernehmen. Da die Angebote derzeit noch bestehen, haben wir den Antragstellern gegenüber auch vorgeschlagen, wir wollen einfach mal überprüfen, wie ist die Bedarfslage nun insgesamt, auch im nächsten Jahr, wie sind die Angebote ausgestaltet. Wir möchten ganz gerne, dass das im Jugendhilfeausschuss noch einmal diskutiert und bewertet werden kann. Deshalb stimmen wir heute zu mit dem Sperrvermerk. Mit dem Sperrvermerk können wir auch zustimmen und dann eben schauen, wie können wir das bedarfsgerecht ausgestalten und wo es tatsächlich notwendig ist als flexibles Angebot fortsetzen.

Stadtrat Jooß (FDP): Das Problem ist das, die Mittel vom Land sind von heute auf morgen gestrichen worden. Nun steht die Kinderstadtkirche alleine da. Sie hat schon mit Herrn Lenz und dem Schul- und Sportamt gesprochen. Wir sind hier in der Pflicht, wenn das Land tatsächlich nichts beisteuert, ist Karlsruhe in der Pflicht. Was man in Zukunft dann anbietet an Betreuung durch die Kinderstadtkirche sei mal dahingestellt, das kann man noch besprechen. Im Moment bleibt uns nichts anderes übrig als hier in die

Bresche zu springen. Die haben ja keine großen Reserven, dass sie das aus dem Topf finanzieren können. Wir sind im Grunde gezwungen, hier für das Land einzuspringen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle fest, dass da und da zwei Plätze frei sind, da drüben auch. Ich würde den weitestgehenden Antrag zur Abstimmung stellen. Das ist der Antrag der Linken, nämlich die 46.500 Euro ohne Sperrvermerk. - Bei 5 zustimmenden Voten mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der Antrag der SPD mit diesem Betrag plus Sperrvermerk. - Bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich **angenommen**.

Der Antrag der GfK hat sich damit **erledigt**.

(...)